

# NGO-Bildungscoalition: Bilanz nach fünf Lobbyjahren

Seit fünf Jahren versucht eine Koalition aus Umweltorganisationen, Jugendverbänden und Hilfswerken (NGOs), Einfluss auf die nationale Bildungs-Gesetzgebung zu nehmen. Nicht ganz erfolglos: So werden beispielsweise Fachhochschulen ihre Studiengänge nachhaltig ausrichten und Fahrlehrer künftig umweltbewusstes Fahren lehren.

Ueli Bernhard (Bildungszentrum WWF)  
& Kuno Roth (Greenpeace Umweltbildung)

21,2 Milliarden Schweizer Franken: So viel will der Bund in den nächsten vier Jahren für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) ausgeben. Für die Berufsbildung werden 2,7 Milliarden, für den ETH-Bereich 8,2, die Fachhochschulen 1,7, die Universitäten 2,8 und für den Nationalfonds 2,7 Milliarden eingesetzt. Mit diesem Geld soll gelehrt und geforscht werden, was in der Schweiz einst Zukunft sein wird. Nur für eine nachhaltige Entwicklung – also für die Lebensgrundlagen dieser Zukunft – ist kein eigener Posten vorgesehen (z.B. für die Raumfahrt aber schon (500 Mio).

Dies obwohl die nachhaltige Entwicklung in der Bundesverfassung (Art. 2 und 73) verankert ist. Auch hat der Bundesrat in seiner Strategie „Nachhaltige Entwicklung“ Bildung als Element sowie die 2000-Watt-Gesellschaft als Vision aufgeführt und die UNO-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 – 2014“ unterschrieben: Trotzdem soll kein Rappen zweckgebunden in eine „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ fließen. Weder findet sich ein Aktionsprogramm für Nachhaltigkeit noch die 2000-Watt-Gesellschaft als Klimaschutzvision in der bundesrätlichen BFI-Botschaft. Die NGO-Bildungscoalition versucht das zu ändern und hat ebendiese Anliegen zur Aufnahme vorgeschlagen. Der Ball liegt beim Parlament, das bis Ende Jahr den Grosskredit verabschieden wird. Der Erfolg der Koalition ist freilich ziemlich unsicher.

Gesichert dagegen sind unter anderen folgende Erfolge:

- Ins Berufsbildungsgesetz 2002 wurde ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit als Aufgabe der Berufsbildung aufgenommen (Art. 15 Abs. c).



Mummenschanz-Gründer/innen Floriana Frassetto (r.) und Bernie Schürch (l.) lancieren mit Kaspar Schuler (2.v.l., Greenpeace Geschäftsleiter) und Ueli Bernhard (3.v.l.) sowie weiteren NGO-Vertretern die NGO-Charta "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (Oktober 2002). foto©: WWF/Greenpeace (A.Egger)

- Auf dieser Grundlage konnte bei den Reformen einiger Berufe Einfluss genommen werden: Die Elektrobranche, der Detailhandel, der Fleischfachverband, der Kaufmännische Verband und sogar der Fahrlehrerverband haben verbindliche Nachhaltigkeitsaspekte in ihre Berufsbilder integriert. So versteht beispielsweise ein Verkäufer die Bedeutung der Nachhaltigkeitslabels und eine Elektrikerin weiss über Stromeffizienz Bescheid – weil das nun in ihren jeweiligen Lehrplänen steht. Und zur KV-Ausbildung gehört neu, dass "... betriebliche Umweltschutzmassnahmen (...) angewendet und Verbesserungen erkannt" werden.
- Alle Fachhochschulen müssen von nun an ein Nachhaltigkeitsmanagement betreiben und Rechenschaft über Nachhaltigkeit in Studiengängen, Forschung und Dienstleistungen ablegen. Dies, weil solche Vorgaben in die Akkreditierungsrichtlinien und Nachhaltigkeits-Kriterien ins Fachhochschulgesetz aufgenommen wurden.

## Wozu Bildungs-Lobbying?

Jedes einzelne Schul- und Jugendprojekt zu Umwelt, Entwicklung, Menschenrechte, Frieden etc. ist wertvoll und wichtig. Fast alle gehen indes auf die Initiative einzelner Lehrkräfte zurück. Es muss aber darum gehen, dass solche Projekte und Arbeiten nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind; dass sie gewissermassen zur Unter-

richts-Pflicht werden, zur Pflicht auf Zukunft. Einzelne Projekt-Pflänzchen zu hegen und zu pflegen ist gut. Den bildungsgesetzlichen Boden ganz allgemein fruchtbar zu machen, besser. Die Nachhaltigkeitsdebatte im Bildungswesen hat erst begonnen, angeheizt durch die Klimaerwärmung. Handlungsfelder sind die Harmonisierung der Volksschul-Lehrpläne (HarmoS), das neue Hochschulrahmengesetz, die Reform der Technologieförderung und der oben erwähnte Einsatz der BFI-Milliarden. Es ist Zeit, dass aus Papier Handlung wird.

Mehr: [www.sbf.admin.ch/bfi2008](http://www.sbf.admin.ch/bfi2008) (BFI-Botschaft), [www.wwf.ch/bildungscoalition](http://www.wwf.ch/bildungscoalition)

## Die Bildungs-Charta der NGOs

Die Initiative, eine NGO-Charta „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ zu verfassen, geht auf das Jahr 2001 und die Idee von Greenpeace und WWF zurück. Im Oktober 2002 wurde sie von 5 Umweltverbänden, 5 Hilfswerken und dem Jugend-Dachverband unterzeichnet. Die Charta wurde im Hinblick auf die UNO-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005 – 14“ erarbeitet und weist in eine zukunftsfähige Schweiz, in der die Lebensgrundlagen künftiger Generationen von den heutigen nicht zerstört werden. Unter Federführung des Bildungszentrums WWF haben in wechselnder Besetzung in der Bildungscoalition bisher mitgearbeitet: Brot für Alle, Equiterre, Erklärung von Bern, Greenpeace, Helvetas, Pro Natura, Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), Swissaid, Terres des Hommes, VCS und WWF (alles Charta-Unterzeichnerinnen) sowie Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS), Arbeitskreis Tourismus + Entwicklung (akte) und andere. Noch nicht gelungen ist, eine Hilfswerkvertretung kontinuierlich einzubinden.